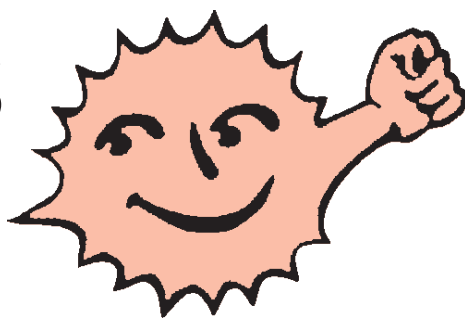




Sofort **alle** AKWs abschalten!

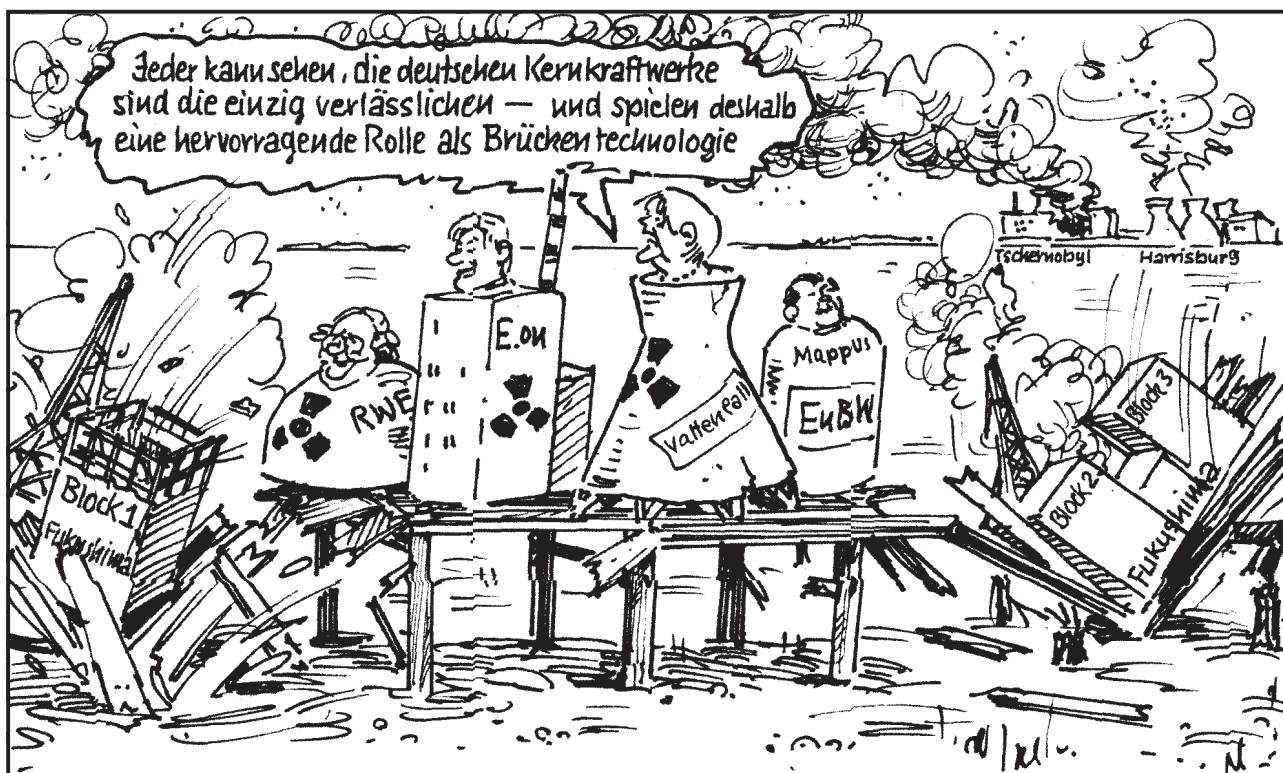


Angesichts der Erfahrungen kann man nur sagen: Eine Politik, die weiterhin auf Atomenergie setzt, ist unverantwortlich, ja kriminell, weil sie Leben und Gesundheit Tausender Menschen und künftiger Generationen aufs Spiel setzt.

Die Atompolitik der derzeitigen und früherer Regierungen versorgt das Land nicht mit sauberer Energie, sondern mit schmutzigen Lügen. Wenn sie von „Sicherheit“ reden, ist immer und zuerst die Sicherheit der Profite gemeint, die z.B. mit der Laufzeitverlängerung eingefahren werden: Eine Million Euro pro Tag und

laufzeitverlängertem AKW. Die gegenwärtige Tragödie in Japan macht klar: Atomkraftwerke müssen auch in der Bundesrepublik Deutschland sofort abgeschaltet werden! Nicht ein allmählicher „Ausstieg“ bis zum Jahr 2020, sondern ein sofortiges Abschalten der AKWs ist nötig. Die Risiken sind – wie sich nun wieder auf schreckliche Weise zeigt – nicht beherrschbar. Es gibt keine sichere Technologie zur Gewinnung von Atomenergie!

Sicher an der Atomenergie ist nur das Risiko einer künftigen Katastrophe.



Deutschlands Pionierleistung in der Brückentechnologie

Zeichnung: Bernd Bücking aus: UZ, Zeitung der DKP

Atomkraftwerke als „Brückentechnologie“?

Wohin diese Brücke führt, ist derzeit im Norden Japans zu besichtigen. Diese Brücke ist eine Brücke in die Steinzeit. Atomtechnik ist nicht nur zu teuer, sondern sie ist unbeherrschbar und unbezahlbar. Denn da es noch keine Endlagerlösung gibt, sind die Kosten auch gar nicht zu beziffern. Diese Brücke ist für die Menschen nicht begehbar. Und es

ist immer eine Brücke von der zivilen zur militärischen „Nutzung“ dieser Energie. Eine Trennung ist nicht möglich. „Zivile Nutzung“ der Atomenergie beinhaltet immer auch eine militärische Option. Was da eine Brücke sein soll, ist in Wirklichkeit ein Lügengebäude im Interesse der Gewinne der Energiekonzerne.

Der Fluch der Privatisierung und der großmachtpolitischen Atompolitik Die Energiewende könnte längst Realität sein

Drei der Strom-Viererbände waren vor 12 Jahren, vor ihrer Privatisierung, staatliche Konzerne. E.ON, RWE und EnBW. Die Profite des Stromkartells wären bei staatlichem Eigentum und bei demokratischer Kontrolle die Gelder gewesen, die für eine Umstellung auf erneuerbare Energien gebraucht würden. Allein bei E.ON fielen in den letzten zehn Jahren 50 Milliarden Euro Profite an. Diese wurden aber nicht für erneuerbare Energien eingesetzt, sondern

flossen als Dividende über die Aktionäre auf die Kapitalmärkte. Energiepolitisch ist Deutschland in vier „Besetzungszonen“ aufgeteilt, in denen Vattenfall, E.ON, EnBW und RWE die Bedingungen der Energieversorgung diktieren. Sie sind die Hauptblockierer einer Energiewende, weil sie dadurch ihre Superprofite in Gefahr sehen. Zur Sicherung ihrer Macht und ihrer Profite organisieren sie den staatlich-industriellen Energiekomplex.

Empfehlungen der Ethik-Kommission – ein Täuschungsmanöver

Die Kommission schlägt vor, die acht abgeschalteten AKWs als „Kaltreserve“ beizubehalten. Endgültige Abschalttermine will man abhängig machen von der „energiewirtschaftlichen Entwicklung“ und „in der Reihenfolge ihres verbleibenden Risikos“. Dies öffnet den Trickereien der Stromkonzerne Tür und Tor. Dass die restlichen neun Reaktoren für ein Jahrzehnt weiterlaufen sollen, ist angesichts der Risiken nicht akzeptabel.

Mit der Katastrophe von Fukushima bekommen die Verharmloser dieser Risiken auf perverse Weise recht: Statistisch gesehen, sagen

sie, gibt es bei einem AKW „nur“ alle 10.000 Jahre eine Katastrophe. Allerdings ist diese Zahl durch die Zahl der AKWs zu teilen. Selbst nach dieser Rechnung ergibt sich bei derzeit weltweit 435 Reaktoren in etwa alle 23 Jahre ein sogenannter „größter anzunehmender Unfall“. Drei GAUs in den letzten 60 Jahren bestätigen diese Rechnung auf schreckliche Weise. Die Vorschläge der Ethik-Kommission bedeuten, dass nicht abgeschaltet wird, sondern neun AKWs zehn Jahre lang weiterlaufen und die stillgelegten AKWs als Reserve behalten werden.

Grüner Kapitalismus – nein danke!

Die Idee von der Ökologisierung des Kapitalismus scheitert an der „Logik“, die diesem System zu Grunde liegt: Grenzenloses Wachstum ist das Bewegungsgesetz des Kapitalismus. Die Erzielung von immer mehr Mehrwert als Grundvoraussetzung der kapitalistischen Produktion erfordert immer mehr Aufwand an Energie und Ressourcen. Aber die Natur kann nicht in dem Maße Ressourcen nachliefern und gleichzeitig Abfälle aufnehmen, wie dies eine schrankenlose Jagd nach Mehrwert erfordert. Der Wachstumszwang der kapitalistischen Märkte widerspricht dem Charakter und dem Tempo ökologischer Kreisläufe. Eine Reduktion des

Energieverbrauches ist innerhalb des kapitalistischen Wachstums- und Profitsystems nicht möglich, weil das notwendig zu erzielende Wachstum Einsparungspotentiale und Effizienzgewinne auffrisst. Auch „green-investment“ muss für Anleger profitabel gemacht werden. Also ein Überschuss muss erzielt werden, aus dem die Renditen des „green-investment“ abgezweigt werden können. Ohne Wachstum ist das ausgeschlossen. Daher bliebe auch ein grüner Kapitalismus auf Wachstum angewiesen. Die Natur wird zur Ware. Deshalb brauchen wir einen Ausstieg aus der Atomenergie wie auch aus dem kapitalistischen Wachstums- und Profitsystem.

DKP-Vorschläge

für eine Energiewende und die Einschränkung und Überwindung der Macht der großen Energie-Konzerne

- **Sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke**
- **Als Brückentechnologie z.B. Gas-Kraftwerke und Block-Heizkraftwerke**
- **Verstärkte Förderung von Energiesparmaßnahmen**
- **Verstärkte Förderung regenerativer und dezentraler Energiekonzepte**
- **Finanzierung der Energiewende durch Abschöpfen der Gewinne der vier großen Energiekonzerne sowie eine Preisgestaltung, die vor allem Großverbraucher stärker belastet, also eine soziale Tarifgestaltung**
- **Umsteuern von individuellem Individualverkehr auf Förderung öffentlicher Verkehrsmittel**
- **Rekommunalisierung der Energiewirtschaft, Überführung der großen Energiekonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle**

Was alle brauchen, muss auch allen gehören.

Ein Ausstieg aus der Atomenergie wird nur gelingen, wenn die Macht der Stromkonzerne gebrochen wird und sie in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle überführt werden. Dafür tritt die DKP ein.

Es ist höchste Zeit für ein ökologisch wie sozial nachhaltiges Gesellschaftssystem.

